

Sie gerade eingeführt haben, wäre ein Novum im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

(Beifall und Zurufe)

Das können Sie im Präsidium klären.

Ich habe mich noch einmal kurz zu Wort gemeldet, um einen Punkt zu Herrn Minister Remmel zu sagen. Was er im staatsmännischen Tone vorgetragen hat, entspricht überhaupt nicht der Realität in einer Koalitionsregierung, die in der Industriepolitik zutiefst zerstritten ist.

Frau Ministerpräsidentin, wir haben alle nachgelesen, was etwa die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ über das Treffen im Haus von Frau Höhn in Oberhausen recherchiert hat. Ausgerechnet bei Frau Höhn setzte sich Anfang letzten Monats die gesamte Spitze der Grünen zusammen und beriet, so schreibt Herr Schraven. Er ist für seine gute Recherche wirklich bekannt. Er schreibt, dass die Spitzengrünen, darunter auch ihr eigener Umweltminister, den RVR-Planer Rommelspacher – jetzt hören Sie gut hin – drängten, irgendwelche Verfahrensfehler zu benennen, um das Kraftwerk zu blockieren.

(Zurufe: Hört, hört! – Weitere Zurufe)

Das ist die Realität hinter den scheinbar staatsmännischen, abgewogenen Auftritten Ihres Umweltministers.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] – Ralf Witzel [FDP]: Alles nur scheinheilige grüne Fassade!)

Er sitzt hinter den Kulissen mit anderen Grünen zusammen und überlegt, wie er Datteln 4 torpedieren kann, Frau Ministerpräsidentin. Das ist die Realität.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Weil Herr Rommelspacher gesagt hat, das würde er wohl im Zielabweichungsverfahren nicht blockieren können, sind die jetzt auf den Dreh mit dem Klimaschutzgesetz gekommen. Es gibt doch schon die ersten Signale, dass die Eckpunkte, die sie im Kabinett hatten, instrumentalisiert werden sollen, um Datteln 4 doch noch aufzuhalten.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: So ist das! – Ralf Witzel [FDP]: Alles nur grüne Verhinderungstaktik!)

Das ist die Realität. Es gibt eine Regierung, die in fundamentalen Fragen der industriellen Zukunft unseres Landes zutiefst zerstritten ist. Glauben Sie nicht, Frau Ministerpräsidentin, dass Sie durch solche Auftritte wie heute insbesondere von Herrn Remmel diesen tiefen Riss in Ihrer Regierung auf Dauer werden zukleistern können. Das wird nicht funktionieren. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Papke. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den **Antrag** der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP **Drucksache 15/473 – Neudruck**. Die antragstellenden Fraktionen haben um direkte Abstimmung gebeten und getrennte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über die beiden Ziffern.

Wer möchte **Ziffer I** zustimmen? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Fraktionen von CDU und FDP haben dafür, die Fraktionen von SPD, Grünen und Linken haben dagegen gestimmt. Damit ist Ziffer I **abgelehnt**.

(Dietmar Brockes [FDP]: Der Minister hat keine Unterstützung gehabt!)

Wer stimmt **Ziffer II** zu? – Danke. Gegenstimmen? –

(Einige Abgeordnete der CDU-Fraktion stimmen gegen diesen Punkt. – Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Danke. – Bis auf vier Abgeordnete der CDU-Fraktion haben die Fraktionen von CDU und FDP der zweiten Ziffer zugestimmt. SPD, Grüne und Linke haben dagegen gestimmt. Damit ist Ziffer II **abgelehnt**.

Von vier Abgeordneten der CDU-Fraktion wurde dem Sitzungsvorstand eine **Erklärung zur Abstimmung gemäß § 46 Abs. 2 Geschäftsordnung** übergeben. Die Erklärung wird dem Protokoll beigelegt (*siehe Anlage*). Es handelt sich um die Abgeordneten Clauser, Dr. Droste, Giebels und Ratajczak.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Damit ist der Antrag in beiden Punkten abgelehnt.

Wir kommen zu:

4 Unnötige Castortransporte vermeiden – am Atomausstieg festhalten

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/253 – Neudruck

Zur Eröffnung der Beratung erteile ich für die antragstellende Fraktion der SPD Herrn Stinka das Wort.

(Unruhe)

André Stinka (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Aktualität des Antrags

machen das Wochenende und die damit einhergegangenen Demonstrationen noch einmal deutlich.

Kurz zur Ausgangslage und zum Inhalt des Antrags. Im Jahr 2005 wurden bestrahlte Brennelemente aus dem ehemaligen DDR-Forschungsreaktor in Sachsen in das Transportbehälterlager Ahaus transportiert und dort eingelagert. Es ist nunmehr geplant, diese Castorbehälter mit den bestrahlten Brennelementen aus Rossendorf im Rahmen eines russischen Rückführungsprogramms in die Wiederaufbereitungsanlage Majak zu transportieren.

Die nationale Federführung obliegt hierbei dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für Wirtschaft unter sachbezogener Beteiligung des Ministers für Umwelt und Reaktorsicherheit in Berlin.

(Rainer Schmeltzer [SPD] kritisiert gegenüber dem Präsidium die anhaltende Unruhe.)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Entschuldigung, Herr Abgeordneter. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie etwas zu besprechen haben, machen Sie das bitte draußen, weil ich es zutiefst unhöflich finde, wenn der Kollege gegen ein Gemurmel ansprechen muss. Ich danke Ihnen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

André Stinka (SPD): Ich mache noch einmal deutlich, dass die Federführung für die Rückführung beim Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für Wirtschaft unter sachbezogener Beteiligung des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit liegt. Auch hier gilt also für die SPD-Fraktion: Der Atomminister Röttgen muss die Interessen Deutschlands und Nordrhein-Westfalens wahren und ein gewichtiges Wort mitsprechen.

Kollege Eiskirch hat eben ausgeführt, dass Nordrhein-Westfalen sehr stark betroffen ist. Deshalb werden wir den Bundesumweltminister in den Wirtschaftsausschuss des Landtags einladen und ihn befragen, wie er vor dem Hintergrund der aktuellen Lage die Sicherheit bei der Rückführung nach Majak, die innerhalb weniger Monate stattfinden muss, gewährleisten kann, welchen Eindruck er gerade vor dem Hintergrund der Waldbrände und der schwierigen Umweltbedingungen in Majak hat und ob er diese Tatsachen vertreten kann.

Klar ist: Das Land Nordrhein-Westfalen ist stark von diesen Transporten betroffen, ohne sie schlussendlich verhindern zu können. Dem Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr obliegt lediglich die atomrechtliche Aufsicht in diesem Bereich. Es gibt keine Entscheidungskompetenz für die entsprechenden Transporte.

Es ist daher gut und richtig – wir haben das heute Morgen schon ausgiebig dargestellt –, dass die

Landesregierung alles unternehmen will, Atomtransporte möglichst zu vermeiden – jedoch immer auf einer rechtlichen Grundlage. Wir wissen, dass die Landesregierung bereits im Jahr 2005 auf rechtllichem Weg bis zum Bundesverwaltungsgericht versucht hat, Transporte aus Sachsen nach Ahaus zu verhindern. Wir sind in dem Verfahren unterlegen. Vor diesem Hintergrund wird es keine rechtlichen Mittel geben, um den Transport zu verhindern.

Deshalb und aufgrund der gerade von mir angesprochenen und durch die schwarz-gelbe Atompolitik neuerlich entfachten Massenproteste müssen wir feststellen, dass die Endlagerfrage nach wie vor ungelöst ist. In der vorherigen Debatte hat Herr Hovenjürgen ausgeführt, man müsse sich dem Konsens stellen. Ich frage erneut, wo der Konsens bei der Endlagerfrage in Bayern, Baden-Württemberg und in anderen Ländern ist, die die Atomkraft deutlich nutzen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Energiepolitik findet nach unserer Auffassung nicht nach dem Sankt-Florians-Prinzip statt. Wir wissen doch, dass allein in der deutschen Atomwirtschaft Jahr für Jahr rund 400 t hochradioaktiver Müll anfällt. Das ist eine Situation, die durch die Laufzeitverlängerung, auch wenn es Herr Röttgen negiert, noch deutlich verschärft wird. Die Laufzeitverlängerung wird zu einer Vergrößerung des Abfallberges von 4.400 t auf 21.600 t bis zum Jahr 2040 führen. Auch deshalb ist es richtig, dass die Landesregierung Schritte ergreifen wird, damit am vereinbarten Atomausstieg festgehalten wird. An dieser Stelle möchte ich die Klage deutlich herausstellen, dass der Bundesrat eben nicht beteiligt wird.

Wir stehen zum Prinzip der sicheren Zwischenlagerung, vom Entstehungsort bis zur Lösung der Endlagerfrage, um gefährliche Atomtransporte weitestgehend zu vermeiden. Gleichzeitig wissen wir – das sage ich ganz deutlich –, dass Ahaus lediglich ein Zwischenlager ist. Es ist nicht als Endlager konzipiert.

Hinzu kommt – Kolleginnen und Kollegen, ich habe das bereits ausgeführt –, dass die Gefahren der Atomenergie vor nationalen Grenzen nicht Halt machen. Tschernobyl macht das deutlich, die Waldflächenbrände habe ich angedeutet, und die Atomendlager in Russland zeigen, dass die Endlagerfrage auch dort sehr kritisch gesehen werden muss.

Nordrhein-Westfalen wird durch die verantwortungslose Politik der einstigen Klimakanzlerin und des Atomministers Röttgen vor allem im Bereich des Polizeischutzes erheblich belastet. Wir haben heute Morgen schon besprochen, was die Kolleginnen und Kollegen von der Polizei dort zu leisten haben. Diese Belastungen sind insbesondere dann nicht zu rechtfertigen und in der Öffentlichkeit nicht zu vermitteln, wenn zwei Transporte innerhalb einer kurzen Zeit, 2005 und jetzt, nach Russland stattfinden

müssen. Es kommt in der jetzt von der CDU und der FDP entfachten und ohne Not aufgeheizten Situation darauf an, im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten auf das Transportgeschehen auch vor dem Hintergrund des Polizeieinsatzes Einfluss zu nehmen. Das wird die Landesregierung tun. Es kann nicht richtig sein, dass die Transporte kurzfristig durchgeführt werden und sich niemand fragt, wie beispielsweise die Kostenfrage gelöst wird.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Der CDU-Innenminister von Schleswig-Holstein – so darf man in den Medien vernehmen – geht ganz klar davon aus, dass die Kosten der Bund übernimmt, der für diese Politik verantwortlich ist.

Wir werden über den Antrag noch einmal intensiv zu sprechen haben. Er macht deutlich, dass diese Vorgehensweise so nicht richtig ist und auch in der Bevölkerung keinen Widerhall finden wird. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Stinka. – Für die Fraktion der Grünen hat nun Herr Kollege Markert das Wort.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe noch anwesenden Kolleginnen und Kollegen! Wir Grünen lehnen bekanntlich die Atomenergie ab. Wir wehren uns gegen den schmutzigen Atomdeal der Bundesregierung. Wir sind für standortnahe Zwischenlagerung, bis eine geeignete, sichere Einlagerung in Ton-, Fels- oder Granitgestein gefunden ist. Wir lehnen wie die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung die Verschiebebahnhöfe des Atommülls ab. So weit ist alles bekannt und bereits eben in der aktuellen Stunde thematisiert.

Ich will aber erneut an den Anlass für diesen Antrag erinnern. Es geht um den Transport des Atommülls aus dem sächsischen Rossendorf von Ahaus nach Majak in Russland. Insgesamt 951 bestrahlte Brennelemente wurden damals in das Zwischenlager Ahaus transportiert. Im Ganzen enthielten die Behälter ein etwa achtmal höheres angereichertes Material, als es bei einer Verwendung in Atomkraftwerken üblich ist. Das Land NRW kann diesen gefährlichen Transport aber nicht verhindern. Wir halten ihn für unverantwortbar und appellieren an diejenigen, die eine rechtliche und politische Handhabe haben, an das Land Sachsen und vor allem an die Bundesregierung. Sachsen möchte nicht länger für die Einlagerung in Ahaus zahlen. Dabei hat die dortige Landesregierung doch seinerzeit alles dafür getan, dass der Atommüll aus Rossendorf nach Ahaus kam. Entweder hat eine ganze Verwaltungseinheit schlicht gepennt oder man wollte schlicht und einfach einen Standort vom atomaren Makel befreien.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Und nun sollen die ahnungslosen Menschen in Majak einmal mehr den Kopf dafür hinhalten? – Das ist skandalös.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Herr Brockes, rufen Sie nicht dazwischen. Stellen Sie Fragen, dann kann man darüber entscheiden, aber rufen Sie nicht immer dazwischen.

Das Bundesumweltministerium konnte die Situation in Majak nicht prüfen, aber der CDU-Umweltminister Norbert Röttgen – der neue Strahlemann der CDU mit medialer Omnipräsenz – begrüßt die Rückführung. Russland habe "erhebliche Anstrengungen zur Verbesserung der Sicherheit und der Sicherung unternommen". Außerdem würden die Altlasten saniert. Was für eine selbtherrliche, ja zutiefst unverantwortliche Position des CDU-Landesvorsitzenden!

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage vom Kollegen Herrn Brockes?

Hans Christian Markert (GRÜNE): Ja, dann soll er mal loslegen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Brockes.

Dietmar Brockes (FDP): Herr Kollege Markert, stimmen Sie mir zu, dass der damalige Bundesa- tomminister, wie Sie zu sagen pflegen, Herr Trittin, die damalige Lieferung des Materials von Rossendorf nach Ahaus genehmigt hat?

Hans Christian Markert (GRÜNE): Herr Brockes, ich werde im Verlauf meiner Rede, der Sie hoffentlich beiwohnen werden, noch auf diese Fragen eingehen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Schwach!)

Man muss sich dann auch die Frage der Einlagerungsgenehmigung anschauen. Das Bundesamt für Strahlenschutz war damals beteiligt und der Bundesumweltminister damals auch.

(Dietmar Brockes [FDP]: Ach!)

Allerdings waren einige Fakten wie Torfbrände und Flächenbrände nicht bekannt, und es war auch nicht bekannt, dass dieses Material nach Majak gehen würde. Was es mit Majak auf sich hat, dazu werde ich Ihnen noch etwas sagen, und dann werde ich auch noch etwas zum Thema Einlagerungsgenehmigung sagen. Das ist nämlich hochinteressant.

Also seien Sie ein bisschen geduldig. Ich komme noch darauf zu sprechen.

(Beifall von den GRÜNEN – Dietmar Brockes [FDP]: Das ist keine Antwort!)

– Die Antwort kommt noch. – Herr Röttgen hält die Situation in Majak für verantwortlich. Er meint, dass dort erhebliche Anstrengungen zur Verbesserung der Sicherheit und Sicherung unternommen worden wären und dass dort Altlasten saniert wurden – eine zynische und selbstherrliche Einschätzung.

Eine Einlagerung des Spaltmaterials ist in dem Abkommen ausdrücklich nicht vorgesehen und eine unabhängige Überprüfung der von Russland zugesagten Maßnahmen gibt es auch nicht, so das Bundesamt für Strahlenschutz. Dieses räumt übrigens mittlerweile ein – ich zitiere das Bundesamt für Strahlenschutz aus der „Süddeutschen Zeitung“ von gestern –:

„Aus Sicht des Bundesamtes wirft der geplante Transport nach Russland jedoch Fragen auf, die den Strahlenschutz grundsätzlich betreffen.“

Auch andere Insider haben starke Zweifel an der Sicherheit in Majak. Selbst die EU-Kommission hat sich dagegen ausgesprochen, Atommüll in Russland zu entsorgen: Die Einhaltung der Sicherheitsstandards jenseits der Grenzen sei nicht zu kontrollieren, eine unabhängige Überprüfung der von Russland zugesagten Maßnahmen gebe es nicht. Ausländischen Expertinnen und Experten oder Beobachtern ist der Zutritt gar nicht gestattet.

Wie aber ist die Situation in Majak? 1957 ist im damaligen Chemiekombinat Majak ein unterirdischer Stahltank mit 80 t hoch radioaktiver Flüssigkeit explodiert. Es wurden 750 Millionen Gigabecquerel strahlender Substanzen freigesetzt – mehr als seinerzeit bei der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Seitdem ist die Gegend rund um Majak die am meisten verstrahlte Region der Welt. Dies hat übrigens der heutige Präsident Medwedew erst vor einigen Jahren in einem Buch bekannt gemacht.

Seit damals fließen außerdem radioaktive Abwässer, heute insbesondere aus der Wiederaufbereitung, in den nahegelegenen Fluss Tetscha. Die Bevölkerung, die in der Tetscha fischt und Trinkwasser aus dem Fluss gewinnt, wird verseucht. Nach Angaben der Umweltorganisation Ecodefence gibt es in Russland Überlegungen, den Fluss auf einer Länge von rund 250 km komplett einzuhausen.

In Majak arbeiten heute noch etwa 10.000 Menschen. Zwei Kernreaktoren sind weiter in Betrieb. Es gibt Lagerstätten für Atommüll und eine Wiederaufbereitungsanlage, aus der zuletzt 2007 Radioaktivität austrat.

Der vergangene Sommer hat ein weiteres Risiko verdeutlicht. Im August verhängten die Behörden in der Nähe von Majak den Ausnahmezustand, weil es

dort verheerende Flächenwaldbrände und Torfbrände gab.

Und in Majak lagern etwa 50 bis 70 t des gefährlichsten Stoffes überhaupt, nämlich Plutonium. Das reicht aus, um die gesamte Nordhalbkugel dauerhaft unbewohnbar zu machen.

Meine Damen und Herren, von Aldous Huxley stammt der kluge Satz: „Tatsachen schafft man nicht dadurch aus der Welt, dass man sie ignoriert.“ Darum sollte sich die Bundesrepublik dem Staatsvertrag mit Russland über die Rückführung des Urans verweigern, und das mit guten rechtlichen Argumenten. Denn unser Atomgesetz schreibt vor – ich zitiere –, „dass durch Anwendung oder Freiwerden der Kernenergie oder ionisierender Strahlen die innere oder äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland nicht gefährdet wird“. § 3 des Atomgesetzes konkretisiert das ausdrücklich mit Blick auf grenzüberschreitende Verbringung von Atommüll.

Wenn gleichzeitig die EU-Kommission sagt, die Sicherheit sei bei der Verbringung von Atomabfall nach Russland nicht gewährleistet, dann wäre die Unterzeichnung des Staatsvertrages durch die Bundesregierung mit Russland doch wohl unvereinbar mit geltendem Recht. Also appellieren wir nachdrücklich an die Bundesregierung, dieses Abkommen nicht zu unterzeichnen.

Es wird ja viel darüber spekuliert, ob sich aus den zu berücksichtigenden internationalen Abkommen eine russische Rücknahmepflicht ergibt. Daraus aber eine Rückgabepflicht abzuleiten ist rechtlich überhaupt nicht haltbar. Hier geht es um schnöden Mammon. Das Land Niedersachsen soll nicht mehr für die Unterbringungskosten in Ahaus zahlen. Denn die Einlagerungsgenehmigung in Ahaus sieht eine – Zitat – „Zwischenlagerung zur Endlagerung“ vor. Es ging bei der Einlagerungsgenehmigung damals zu keinem Zeitpunkt um die grenzüberschreitende Verbringung dieses Abfalls. Hier wird also bewusst rechtlich seitens der Bundesregierung und anderer handelnder Akteure getäuscht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Aus der Anwendung des Rechts darf außerdem grundsätzlich kein Unrecht erwachsen. Ein solches aber würden wir den Menschen östlich des Urals, deren jahrzehntelange Leiden kaum zu beschreiben sind, mit Sicherheit antun. Noch kann gehandelt werden. Der neue Vorsitzende der CDU von Nordrhein-Westfalen muss in besonderer Weise seiner Verantwortung gerecht werden. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Markert. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Kollege Dr. Geerlings.

Dr. Jörg Geerlings (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Weil es so schön ist, über diesen Tagesordnungspunkt noch einmal zu sprechen, werden wir das natürlich tun.

Vielleicht eine kleine Vorbemerkung: Dass wir hier fast ausschließlich Bundesthemen und internationale Themen besprechen, entspricht nicht unbedingt den Gesetzgebungskompetenzen, die das Grundgesetz uns als Land gibt. Es wäre schön, wenn wir auf der Tagesordnung wieder mehr Landesthemen hätten und uns ganz konkret um Landesprobleme kümmern würden und nicht nur um Bundesprobleme.

(Beifall von der FDP – Hans Christian Markert [GRÜNE]: Das ist doch ein Landesthema!)

Aber sei's drum! – Politik sollte nach dem Prinzip „Verantwortung“ handeln. Danach sollte die Politik vor allen Dingen auch die Folgen ihres Handelns mit in den Blick nehmen.

Wenn ich die Debatte um Castor- und andere Transporte heute höre, dann kommen mir hinsichtlich der rot-grünen Politik arge Zweifel. Ich stimme meinen Vorrednern ja zu, dass man möglichst wenige Transporte haben und dass diese effektiv durchgeführt werden sollten. Aber wenn sie nun einmal anstehen, dann muss man sie wohl auch durchführen. Das hat die rot-grüne Bundesregierung nicht anders gemacht. Das haben bisher alle Regierungen so gemacht.

(Beifall von der FDP)

Die Bundesregierung hat erstmals ein umfassendes Energiekonzept auf den Weg gebracht, das das Ziel hat, die effizienteste, klimaverträglichste und wettbewerbsfähigste Energiepolitik zu verwirklichen, und das in einem Industrieland wie Deutschland. Dafür gebührt vor allem Bundesumweltminister Norbert Röttgen, unserem neuen CDU-Landesvorsitzenden, den Sie ja jetzt ständig in den Blick nehmen, besonders großer Respekt.

Verantwortungsvolles Handeln ist es nämlich, klare Ziele zu formulieren, klar zu sagen, dass wir eines Tages einen Anteil von 80 % an erneuerbaren Energien haben werden. Wir werden alles dafür tun, dass diese Ziele auch erreicht werden. Sie sind herzlich eingeladen, an dieser Diskussion teilzunehmen. Wir wollen die Energieeffizienz steigern, den Energieverbrauch reduzieren. Das ist Handeln für die Zukunft, das ist verantwortungsvolles Handeln.

Sie hatten die Chance, eigene Konzepte vorzulegen. Das haben Sie nicht getan. Das werden Sie möglicherweise auch nicht tun. Norbert Röttgen und die Bundesregierung haben das jedenfalls mit Brauour getan.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Markert?

Dr. Jörg Geerlings (CDU): Gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Kollege Markert.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Lieber Jörg, herzlichen Dank für die Gelegenheit, hier eine Zwischenfrage zu stellen. Sie reden immer so viel von einem Energiekonzept. Ich würde gerne von Ihnen erfahren, wie das Entsorgungskonzept aussieht und in welches Gestein Sie die radioaktiven Abfälle zukünftig einlagern wollen.

Dr. Jörg Geerlings (CDU): Lieber Hans-Christian, wenn Du mich schon nach den Konzepten der Bundesregierung fragst: So umfassend und schwierig das auch ist, das alles hier gleichermaßen zu erläutern, glaube ich aber doch, dass Norbert Röttgen wenigstens ergebnisoffen zum Beispiel Gorleben untersucht und Lösungen anstrebt. Es ist besser, jedenfalls jetzt zu handeln und zu untersuchen, statt ein Moratorium von zehn Jahren zu verkünden und zehn Jahre die Augen zu verschließen und nichts zu tun, so wie es seinerzeit, 2001, von Rot-Grün beschlossen wurde.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und von der FDP)

Aus Ihrer Sicht von Rot und Grün gibt es offensichtlich gute und schlechte Castortransporte. In der rot-grünen Zeit sind sie auch durchgeführt worden. Ich glaube, Herr Schröder und Herr Trittin haben damals andere Positionen vertreten als heute. Bei Herrn Schröder als Energielobbyist weiß man es nicht so ganz genau, aber bei Herrn Trittin ist das definitiv der Fall.

Sie haben verantwortungslos gehandelt. Sie von Rot-Grün haben die Castortransporte zu einem parteipolitischen Thema erkoren, mobilisieren Wähler und hoffen damit Stimmung zu machen. Herr Gabriel gibt sich dabei als Grüner – übrigens als schlechter Grüner, das darf man auch einmal bemerken; das Original ist dann doch noch etwas besser als die schlechte Kopie. Sie machen Stimmung und schüren Ängste bei den Menschen, und das alles, weil es den Interessen Ihrer Parteien dient.

Aber unterschätzen Sie nicht die Menschen in diesem Land! Sie wissen sehr wohl zu unterscheiden, was populär und was allein populistisch ist.

Die Transporte sind die Folge der Atomkraftwerke der vergangenen Jahrzehnte. Davor kann man die Augen nicht verschließen. Vor allem Helmut

Schmidt hat die Atomkraftwerke initiiert. Sie wollen nicht nur eine parteipolitische Mobilisierung, Sie verschließen auch die Augen vor den Folgen, und das in Sonderheit bei dem Thema Sicherheit. Das haben Sie bei Ihrem Sicherheitsdeal 2001 bemerkenswert unter Beweis gestellt. Sie haben einen Atomkompromiss geschlossen, Nachrüstungen blieben auf der Strecke. Das war Ihr Preis für den Ausstieg aus der Atomindustrie.

Bei der Frage „Wohin mit dem Atommüll?“ verschließen Sie die Augen. Jetzt werden auch noch russische Transporte mit in den Blick genommen. Das ist vielleicht ganz gut, dass wir das diskutieren – wir können ja demnächst alle internationalen Themen auch hier diskutieren.

(Heiterkeit von der CDU)

Ich glaube, dass die Menschen nicht wollen, dass Atommüll bzw. Atommaterial, das letztlich aus Russland oder der ehemaligen Sowjetunion kam, bei uns gelagert wird. Wir stehen zu der Verantwortung für den Müll, der hier entstanden ist, und die Russen sollen gerne auch ihren Müll zurücknehmen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Die Bundesregierung macht in vielen Dingen jetzt die Arbeit, die Rot-Grün liegengelassen hat. Sie hatten einen Atomausstieg beschlossen – ohne Bundesratsbeteiligung im Übrigen – und wesentliche Fragen nicht gelöst. Damals hat sich die Bundesregierung nicht gekümmert, sodass anstehende Fragen und Probleme von anderen gelöst werden müssen. Herr Röttgen prüft das – das finde ich gut – ergebnisoffen zu der Frage des Standortes Gorleben, und wir werden ja sehen, was dabei herauskommt.

(Britta Altenkamp [SPD]: Auch so eine Blendgranate!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Kernenergie in Deutschland ist eine Brückentechnologie. Sie wird in absehbarer Zeit auslaufen. Man muss sie nicht befürworten, aber man kann schlecht daran vorbei, dass sie seit 40 Jahren betrieben wird. Handelt man verantwortungsbewusst, dann muss man sich auch Gedanken machen, was mit den Abfällen geschieht. Diese Aufgabe kann man nicht einfach auf nachfolgende Generationen überführen. Das wäre verantwortungslos. Diese Bundesregierung steht wie alle Vorgängerregierungen zu ihrer Verpflichtung, die angefallenen radioaktiven Abfälle zu entsorgen.

Weil es so schön ist, noch einmal ein Zitat von Herrn Trittin. Ich glaube, es fiel hier auch schon. Er sagte 2001: „Gegen diese Transporte sollten Grüne in keiner Form sitzend, stehend, singend, tanzend demonstrieren.“ – Oder, auch nicht schlecht: „Diejenigen, die durch ihre Aktionen auf den Gleisen dazu beigetragen haben, dass die Castorbehälter einen

Tag später als geplant angekommen sind, haben für sich in Anspruch genommen, sie seien nicht gewalttätig. Es ist aber völlig eindeutig, dass sich diese Menschen rechtswidrig verhalten und Rechtsbruch begangen haben. Das wissen sie auch. Daran kann es keine Zweifel geben.“ – So Herr Trittin. Ich denke, das könnte er auch heute noch einmal eindeutig bekräftigen.

(Beifall von der FDP)

Auch Frau Roth – das haben wir in „Berlin direkt“ gesehen – ist heute glücklicher als noch im Jahre 2001. Jetzt kann sie auf einmal wieder demonstrieren. Damals war sie eher gereizt und ging Fragen von Journalisten und Demonstranten aus dem Wege. – Warum gab es damals diese und weitere Äußerungen? Das ist auch klar: Sie waren in der Bundesregierung. Da sehen die Dinge, in Sonderheit für die Grünen, wohl etwas anders aus als heute. Ich nenne das „Fähnchen im Wind“.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Wie bei Ihnen!)

– Wir sind bei unseren Positionen geblieben. – Wenn ich dann heutige Äußerungen höre, die weder ein alternatives Energiekonzept nennen, oder auch einige, die sich nicht eindeutig von Gewalt distanzieren – wir haben ja heute von Herrn Sagel in bemerkenswerter Weise gehört, dass auch die Linkspartei zu dem sogenannten Schottern aufruft – , dann nenne ich die heute initiierte Debatte Heuchelei. Die Linkspartei zeigt erneut ihr Verständnis von Rechtsstaat und ihr Verhältnis dazu.

Wenn man sich das Zitat von Herrn Sagel von heute Morgen anhört, den Hintern müsse man auf die Gleise setzen, dann kann man nur fragen: Wollen Sie das eigentlich auch dann tun, wenn Materialien wieder aus Gorleben herausgefahren werden? Da bin ich einmal gespannt, wie Sie sich dann verhalten.

Es ist durchsichtig, dass Rot-Rot-Grün den erfolgreichen Bundesumweltminister, der erstmalig ein hervorragendes und umfassendes Konzept vorgelegt hat, attackieren will. Er ist ja auch unser neuer Landes-CDU-Chef. Das werden wir jetzt wahrscheinlich in jeder Debatte erleben; vielleicht ist es bei den Kollegen der FDP auch nicht anders, wenn sie ihren neuen Vorsitzenden haben. Wir freuen uns schon darauf. – Das ist nicht verantwortungsvoll. Sie haben keine Konzepte, sondern allein Polemik. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Geerlings. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Kollege Brockes.

Dietmar Brockes (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was der Transport von russi-

schem Nuklearmaterial zurück nach Russland mit den Laufzeitverlängerungen zu tun hat, wie das in diesem Antrag hier vermischt wird, ist eher schleierhaft.

(Britta Altenkamp [SPD]: Nicht alles, was Sie nicht verstehen, ist falsch!)

Da der Antrag ja schon früh eingereicht wurde, vermute ich eher, dass er gestellt wurde, um insbesondere auf den Antrag der Fraktion der Linken aus der letzten Plenarwoche zu reagieren. Dies ist dann vermutlich der Tatsache geschuldet, dass man zu den Demonstrationen in Gorleben ja irgendetwas mitnehmen musste. Jedenfalls haben diese beiden Punkte gar nichts miteinander zu tun.

Ich muss Ihnen aber bei einem Halbsatz zustimmen – und da haben wir, glaube ich, Einvernehmen in diesem Hohen Hause –, nämlich darin, dass unnötige Castortransporte verhindert werden müssen. – Aber, meine Damen und Herren, was sind denn in Ihren Augen unnötige Castortransporte? In 2001 waren auch laut den Aussagen von Claudia Roth und Jürgen Trittin die Castortransporte notwendig. Heute werden sie mit aller Macht bekämpft. Unnötige Castortransporte scheint es nur unter Schwarz-Gelb zu geben. Während Rot-Grün regiert, sind sie notwendig, und es darf nicht demonstriert werden. Ich habe eben schon die Zitate von Herrn Trittin gebracht. Die Scheinheiligkeit der Grünen in dieser Debatte ist daher gar nicht mehr zu überbieten.

Meine Damen und Herren, bei dem geplanten Transport von Ahaus nach Russland im Rahmen des russischen Rückholprogramms für sowjetisches Nuklearmaterial geht es darum, dass Russland Material, das an Forschungsreaktoren von Satellitenstaaten – beispielsweise der damaligen DDR – geliefert worden ist, jetzt zurückgeholt wird. Das geschieht auf der Grundlage internationaler Verträge. Und diese Verträge wollen Sie, Herr Markert, hier jetzt anscheinend aufkündigen.

Sicherlich kann man zu Recht die Frage stellen, warum das russische Material überhaupt von Sachsen nach Nordrhein-Westfalen gebracht wurde um zwischengelagert zu werden. Die Verantwortung dafür, dass dieses Material nicht schon damals nach Russland zurückgebracht wurde, liegt zum Teil bei der damaligen sächsischen Landesregierung. Aber der frühere Bundesumweltminister Trittin hat den Transport des russischen Materials aus Rossendorf in Sachsen nach Ahaus genehmigt.

Meine Damen und Herren, er hätte damals bei korrekter Prüfung feststellen können, sogar feststellen müssen, dass dieses Material direkt zurück nach Russland hätte gebracht werden müssen. Dann hätten sich die jetzt anstehenden Transporte auch erledigt.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Markert?

Dietmar Brockes (FDP): Ja, bitte.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Herr Brockes, vielen Dank für die Möglichkeit einer Zwischenfrage.

Ich hatte vorhin ausgeführt, dass die Einlagerungsgenehmigung aus dem Jahr 2005 ausdrücklich besagt, dass es um eine Zwischenlagerung zur Endlagerung geht. Insofern hat die damalige Bundesregierung den Transport nach Russland ja gar nicht mehr vorgesehen. Was sagen Sie denn dazu? Sie sprechen hier die ganze Zeit davon, man müsste den Atommüll jetzt zwingend zurückbringen. Es gibt keine Rückgabepflicht.

Dietmar Brockes (FDP): Herr Markert, im Gegensatz zu Ihnen möchte ich Ihre Frage auch beantworten: Es gibt die internationale Vereinbarung, dass jedes Land den Atommüll, den es selbst verursacht hat, auch wieder zurücknimmt. Die gab es schon in Ihrer Regierungszeit. Damals hätte Ihr Bundesumweltminister, Herr Trittin, direkt sagen müssen, dass das Material nicht in Nordrhein-Westfalen zwischengelagert wird, sondern nach Russland zurückgehen muss.

Meine Damen und Herren, gegen den Willen der damaligen Landesregierung – auch das ist bemerkenswert – hatte Rot-Grün aber im Bund den Transport nach Ahaus durchgesetzt. Erst danach sind die internationalen Vereinbarungen, in denen sich Russland zur Rücknahme seines Materials verpflichtet hat, auch beachtet worden. Warum, Herr Markert, hat Ihr Bundesumweltminister das nicht schon vorher gemacht? Die Verträge waren bekannt. Dafür aber kann man jetzt nicht die Verantwortung auf die gegenwärtige Bundesregierung schieben, denn diese Verantwortung liegt bei Ihnen, bei der damaligen rot-grünen Bundesregierung.

Ich frage die Antragsteller, ob sie ernsthaft wollen, dass wir in Deutschland russisches Nuklearmaterial zwischen- und endlagern? Bislang war der internationale Konsens, dass jedes Land seine Entsorgungsproblematik eigenständig lösen muss. Deshalb nehmen wir auch unseren Abfall aus Frankreich zurück. Wollen Sie das ändern, Herr Markert? Ich denke, das ist eigentlich Konsens und das sollte es auch in diesem Hohen Hause sein.

Im Gegensatz zu Ihrem Antrag möchte ich aber auch noch einen Punkt zur Endlagerfrage nennen. Wir müssen die Forschung bei der Endlagerfrage weiter voranbringen. Egal, ob man Kernenergie möchte oder nicht: Die Endlagerfrage muss geklärt werden. Deshalb war es wenig hilfreich, dass Rot-

Grün ein Endlagermoratorium auferlegt hat, was dazu geführt hat, dass diese Frage über zehn Jahre nicht geklärt, sondern nur aufgeschoben wurde. Es ist unredlich und feige, wenn man sich dieser Frage nicht stellt. Aber das zeigt, wie grüne Politik in Wirklichkeit ist. Insofern werden wir diesem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die Fraktion Die Linke spricht nun Herr Aggelidis.

Michael Aggelidis (LINKE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Castortransporte sind unnötig und unverantwortlich. Die Laufzeitverlängerung der AKWs ist unverantwortlich. Mit all dem muss Schluss sein.

Nachdem ich am vergangenen Wochenende im Wendland war, bin ich auch davon überzeugt, dass der Pro-Atomkurs politisch nicht durchsetzbar ist.

(Zuruf von der FDP: Und das Schottern?)

– Dazu komme ich gleich.

Ich weiß, meine sehr verehrten Damen und Herren von CDU und FDP, dass viele Politiker Ihrer Parteien in diesem Zusammenhang von Gewalt und Krawallmachern reden. In gewisser Weise kann ich das sogar verstehen und möchte Ihnen erklären, warum.

Als ich am Montag gegen Abend mit einigen Freunden nach Hause fuhr, machten wir an einer Autobahnraststätte halt, um einen Kaffee zu trinken und in die Tageszeitungen zu schauen. Es gab nur die „BILD“-Zeitung und die als seriös geltende „FAZ“. Als wir die Berichterstattung beider Blätter lasen, trauten wir unseren Augen nicht: Gewalttätige Demonstranten, die eine bürgerkriegsähnliche Situation provozierten – das war das Fazit dieser Berichterstattung, schön aufgemacht mit Fotos.

Wenn Sie Ihre Informationen allerdings aus derlei Quellen ziehen, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, dann müssen Sie natürlich zu solch falschen Schlüssen kommen.

(Zuruf von der CDU: Besser aus „Neues Deutschland“?)

Vor Ort war alles völlig anders. Alle Teile der Anti-AKW-Bewegung schwimmen im Wendland wie der Fisch im Wasser. Ich weiß, das tut Ihnen weh, aber so ist es.

Nicht nur die Großkundgebung am Samstag, auch die Blockadeaktionen wurden von tausenden Menschen jedes Alters – ich würde auch fast sagen: jeder Schicht – mitgemacht und ganz offensichtlich

von der ansässigen Bevölkerung in jeder Hinsicht unterstützt.

(Beifall von der LINKEN)

Ich persönlich habe keine Gewalttat gesehen, die von Demonstranten ausgegangen war. Ich habe vereinzelte unverhältnismäßige Eingriffe von Polizeikräften gesehen. Herr Kollege Engel ist gerade nicht da, er hat eben auf die mögliche Strafbarkeit des Schotterns angesprochen. Aber ich frage Sie: Wenn Demonstranten auf einem Gleisbett sind und dort Steine wegtragen, ist es verhältnismäßig, dass Polizeibeamte ihnen Reizgas ins Gesicht sprühen, sie verletzen, die Böschung herunterschubsen und mit Polizeiknüppeln schlagen? Ist das keine Straftat? – Ich sage, das sind Straftaten im Amte, weil sie unverhältnismäßig sind.

(Beifall von der LINKEN)

Sie hätten die Demonstranten einfach heruntertragen können. Das ist die juristische Realität, und das sind die juristischen Fakten.

Ganz überwiegend ist alles sehr friedlich verlaufen. Trecker, warme Klamotten und bessere Argumente, das waren die – in Anführungsstrichen – „Waffen der Bewegung“ gegen eine allerdings bürgerkriegsartige wirkende Ausrüstung der Polizei.

Die Gewerkschaft der Polizei hat gesagt, mit 16.000 aus der gesamten Bundesrepublik zusammengezogenen Beamten sei für die Polizei mit diesem Male das Ende der Fahnenstange erreicht. Die Beamten waren teils bis zu 30 Stunden im Einsatz. Wenn sie noch ein paar tausend Blockierer mehr wegzutragen gehabt hätten, wäre die Strecke für den Castortransport nicht frei geworden. Das nur zur Perspektive für die nächsten Monate.

Ich darf den GdP-Chef Konrad Freiberg aus der „WAZ“ zitieren. Er sagte:

„Es war ein ... politischer Fehler, den mühsam errungenen Atomkonsens aufzukündigen.“

Die Zeitung schreibt weiter und zitiert ihn, die Polizei sehe sich immer mehr als Erfüllungsgehilfe zum politischen Machterhalt. – Wie recht er doch hat, der Kollege Freiberg.

(Beifall von der LINKEN)

Ein ansässiger Bauer erzählte mir und meinen Freunden, ein Polizist könne im Wendland nur einmal eingesetzt werden, kein zweites Mal. Durch den Kontakt mit der Bevölkerung und der Bewegung wird er überzeugt, dass diejenigen recht haben, die sich gegen den atomaren Wahnsinn zur Wehr setzen.

(Zuruf von der CDU: Glauben Sie den Quatsch selber?)

Ich habe überall Wendländer gesehen, die den Aktiven der Bewegung alles zur Verfügung gestellt haben, deren Grundstücke sich in Zeltplätze und Frei-

luftgaststätten verwandelt haben, die auf die Polizisten eingeredet haben, dass es auch um deren Zukunft und die Zukunft ihrer Kinder und Kindeskinde geht.

Die Demonstration am Samstag war sicherlich mit 50.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern mit Abstand die größte, die je in Dannenberg stattgefunden hat. Aber auch die Blockadeaktionen hatten noch nie dieses Ausmaß und einen nahezu volksfestartigen Charakter. Auch die überwiegend jugendlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Schotternkampagne taten nach allem, was ich vor Ort gesehen und vor allem gehört habe, alles, um gewalttätige Konfrontationen mit der Polizei zu vermeiden.

(Dietmar Brockes [FDP]: Was ist das denn? Unmöglich!)

– Ich habe mich eben deutlich dazu geäußert. Aber Sie äußern sich zum Beispiel gar nicht dazu, was denn Polizisten im Amt an Straftaten begehen können. Ich habe Ihnen eben ein paar Beispiele genannt. Sagen Sie doch dazu mal etwas!

(Beifall von der LINKEN – Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU])

Wenn Sie hinnehmen, wie die Mehrheit der Bevölkerung über die Laufzeitverlängerung der AKWs, über die Atommülltransporte und über die Unlösbarkeit des Endlagerproblems denkt, müssen Sie einsehen, dass die Politik der Regierung Merkel gescheitert ist. Diese Politik muss revidiert werden. Die Interessen der großen Energiekonzerne dürfen nicht länger bestimmen, wo es in diesem Land energiepolitisch langgeht.

Gestatten Sie mir noch ein abschließendes Wort. Frau Merkel ist in der DDR groß geworden. Sie war sogar FDJ-Sekretärin. Sie müsste eigentlich ein paar Lehren gezogen haben.

(Zuruf von der CDU: Hat sie!)

Wo eine Regierung gegen den Willen der Bevölkerung regiert, ist Widerstand legitim. Und auch dieses: Mit Politik gegen die eigene Bevölkerung setzt man sich nicht durch. Auch in dieser Republik wird das nicht anders sein. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Aggelidis. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Voigtsberger das Wort.

Harry Kurt Voigtsberger, Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung wird alle rechtlichen Schritte ergreifen, damit am vereinbarten Atomausstieg festgehalten wird. Das haben wir heute bei einem anderen Ta-

gesordnungspunkt schon einmal ausgeführt. Denn die Endlagerfrage für wärmeentwickelnde radioaktive Abfälle ist noch nicht gelöst. Insofern wird der Beschlussvorschlag Nr. 1 inhaltlich voll gestützt.

Nachdem das Moratorium für die Erkundung des Salzstocks in Gorleben seit Kurzem beendet ist, sollen die Untersuchungen zur Geeignetheit des Salzstocks für wärmeentwickelnde radioaktive Abfälle nunmehr fortgesetzt werden. Wie gesagt, das Ergebnis soll offen sein. Aber auf der anderen Seite wird die Geeignetheit nur an einer Stelle überprüft. Das ist ausgesprochen fragwürdig.

Die Endlagerfrage ist auch international noch ungeklärt, wie es Beschlussvorschlag Nr. 3 richtig feststellt. Die Standortprüfung wird in einigen Staaten wieder verstärkt aufgenommen. Eine Lösung hat aber im Prinzip international noch niemand. Weltweit werden dabei unterschiedliche Wirtsgesteine als Endlagermedium untersucht. Während eine Mehrheit auf eine Endlagerung in tiefen geologischen Schichten setzt, verfolgen hingegen einige Länder das Konzept der langfristigen Zwischenlagerung. Wie gesagt, ein Endlagerungskonzept ist weltweit nicht zu sehen.

Zum Beschlussvorschlag Nr. 2, wonach bis zur Lösung der Endlagerfrage zum Prinzip der sicheren Zwischenlagerung am Entstehungsort zu stehen ist, um Atomtransporte weitgehend zu vermeiden, ist auf die Atomrechtsnovelle aus dem Jahr 2002 hinzuweisen. Diese verfolgt nämlich ausdrücklich das Ziel, Transporte zu minimieren und Kernbrennstoffe standortnah zwischenzulagern. Die Pflicht, standortnahe Zwischenlager für Leistungsreaktoren zu errichten, ergibt sich damit aus dem Atomgesetz. Zwar besteht diese Pflicht nicht bei Forschungsreaktoren: Errichtet der Betreiber eines Forschungsreaktors jedoch ebenfalls ein solches Lager, wird es so behandelt wie die standortnahen Zwischenlager kommerzieller Betreiber. Das heißt, auch der Beschlussvorschlag Nr. 2 ist richtig.

Das Transportbehälterzwischenlager Ahaus ist nicht als Endlager konzipiert, sondern dient als Zwischenlager mit einer befristeten Genehmigung bis zum Jahre 2036. Der derzeit in Ahaus befindliche Kernbrennstoff unter anderem aus Rossendorf wird nicht auf Dauer in dem lediglich als Zwischenlager konzipierten Transportbehälterzwischenlager Ahaus verbleiben können. Er soll nunmehr im Rahmen des Programms, vereinbart zwischen den USA und Russland, nach Russland in die Wiederaufbereitungsanlage Majak transportiert werden.

Die Verantwortung für die Rückführung obliegt dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland und dem Bundesministerium für Wirtschaft unter Beteiligung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Die Gesellschaft für Nuklearservice GmbH als Betreiberin des Transportbehälterzwischenlagers Ahaus hat die Vorbereitung der Maßnahmen zur Auslagerung und Rück-

führung des Rossendorfer Kernbrennstoffs aus dem Zwischenlager Ahaus eingeleitet. Die Landesregierung ist für die Genehmigung der Transporte von Kernbrennstoffen von und nach Ahaus nicht zuständig. Die Genehmigung ist Bundessache. Genehmigungsbehörde ist das Bundesamt für Strahlenschutz.

Wie im Beschlussvorschlag Nr. 3 ausgeführt, will die Landesregierung, dass vermeidbare Atomtransporte unterbleiben. Sie setzt sich mit allen politischen Mitteln dafür ein. Dies kann jedoch nur auf rechtlicher Grundlage erfolgen. Handlungsmöglichkeiten des Landes als Vollzugsbehörde bestehen wegen der Genehmigungszuständigkeit des Bundes nicht.

Die Landesregierung hat bereits im Jahre 2005 auf rechtlchem Wege bis zum Bundesverwaltungsgericht vergeblich versucht, den Transport von Rossendorf nach Ahaus zu verhindern. Es ist daher davon auszugehen, dass das Land Nordrhein-Westfalen auch jetzt den Transport mit rechtlichen Mitteln nicht wird verhindern können.

Wie im Beschlussvorschlag Nr. 4. ausgeführt, wird das Land Nordrhein-Westfalen vor allem durch den polizeilichen Schutz für Atomtransporte erheblich belastet. Diese Belastungen sind insbesondere dann nicht zu rechtfertigen und der Öffentlichkeit nicht zu vermitteln, meine Damen und Herren, wenn es innerhalb weniger Jahre zu einem zweimaligen Transport kommt: zunächst von Rossendorf nach Ahaus und jetzt von Ahaus nach Russland.

Deswegen wird im Beschlussvorschlag Nr. 5 darum gebeten, dass im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten darauf hingewirkt wird, dass die Transporte, wenn sie denn durchgeführt werden müssen, zu einer Zeit erfolgen, in der der Polizeiaufwand und die damit dem Land entstehenden Kosten nicht noch weiter vergrößert werden.

Meine Damen und Herren, bei allem, was in unseren Händen liegt, und bei allen Möglichkeiten, die wir in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Inneres und Kommunales Nordrhein-Westfalen haben, werden wir Wert darauf legen, dass Transporte zu möglichst geeigneten Zeiten durchgeführt werden, um die Polizeikräfte nicht über Gebühr zu belasten. Da können Sie sich sicher sein. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Voigtsberger. – Für die CDU-Fraktion hat das Wort nun Herr Kollege Rickfelder.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Eine Runde! – Weitere Zurufe)

– Jemand müsste dem Präsidium mitteilen, dass hierbei eine Runde vereinbart ist. Auf meiner Liste stehen weitere vier Redner, die ich alle noch nacheinander aufrufen würde.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Eine Runde! – Weitere Zurufe)

– Das Präsidium nimmt das so zur Kenntnis. Ich beende damit die Debatte. Danke für den viel zu späten Hinweis.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 15/253 – Neudruck** – an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** – federführend – sowie an den **Innenausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. So halten wir es in der Regel immer bei Überweisungen. Wer stimmt der Überweisung zu? – Stimmt jemand dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Überweisung einstimmig beschlossen.

Wir kommen zu:

5 **Ärztmangel wirksam bekämpfen – hausärztliche Versorgung sicherstellen: Für eine „Medizinische Fakultät OWL“**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/470 – Neudruck

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/534 – Neudruck

Ich eröffne die Beratung und erteile für eine der antragstellenden Fraktionen, für die CDU-Fraktion, Herrn Kleff das Wort.

Hubert Kleff (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Obwohl bei globaler Betrachtung sowohl die hausärztliche als auch die fachärztliche Versorgung in Nordrhein-Westfalen zurzeit nicht gefährdet scheinen, zeichnet sich immer deutlicher ab, dass bei punktueller Betrachtung in einigen Bereichen unseres Landes, insbesondere in Ostwestfalen-Lippe und im Hochsauerlandkreis, gravierende Unterversorgungen drohen.

Aus heutiger Sicht könnte man noch die Meinung vertreten: Es gibt nicht zu wenig Ärzte, sondern sie sind falsch verteilt. Zu viele Ärzte praktizieren in den Ballungszentren, zu wenige im ländlichen Raum. Eine echte Beurteilung der Versorgungslage ist nur möglich, wenn man eine zwingend notwendige kleinräumige Betrachtung durchführt. So beträgt beispielsweise die Versorgungsquote im Hochsauerlandkreis insgesamt 97 %. Aber in den Städten Hallenberg, Marsberg oder Bestwig droht bereits auf mittlere Sicht eine Gefährdung der Versorgung.